

## Telegraphische Depeschen.

\* Berlin, 16. Juli. Sr. Maj. Aviso Rommerania, Commandant Kapitänlieutenant Junge, ist am 15. Juli in Plymouth eingetroffen.

\* München, 16. Juli. Der Abgeordnetenkammer ist heute ein Gesetzentwurf betreffend die Umwandlung der 4 1/2 proc. Eisenbahnleihe in eine 4 proc. Anleihe zugegangen.

\* Wien, 16. Juli abends. In einem von der Politischen Correspondenz veröffentlichten Communiqué werden die Angaben verschiedener Zeitungen über das Ergebnis der Verhandlungen in Betreff der Anschlüsse der serbischen Eisenbahnen theils für Erstundungen, theils für tendenziöse Interpretationen der Thatsachen erklärt. Sodann wird bestätigt, daß die Verhandlungen mit dem serbischen Minister der öffentlichen Arbeiten, Klimentitch, zu einer durchaus befriedigenden Vereinbarung über alle schwebenden Punkte geführt haben und es mindestens sehr wahrscheinlich sei, daß die serbische Regierung das erzielte formelle Arrangement in allen wesentlichen Punkten acceptiren werde.

\* Budapest, 16. Juli. Der Ministerpräsident Tisza ist mit der provisorischen Uebernahme des durch den Tod des Ministers v. Wendheim erledigten Portefeuille betraut worden.

\* Versailles, 16. Juli. Die Deputirtenkammer hat heute das Budget des Kriegsministeriums genehmigt.

\* London, 16. Juli. Der russische Botschafter Graf Schuwalow ist nach Petersburg abgereist. — In Glasgow wurde an Stelle des bisherigen mit Tode abgegangenen conservativen Vertreters der zur liberalen Partei gehörige Tenant zum Deputirten gewählt.

\* Brüssel, 16. Juli. An Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Anspach ist der Schöppe Van der Straeten zum Bürgermeister von Brüssel ernannt worden.

\* Bukarest, 16. Juli. Das von der Kammer eingesetzte Comité hat den Antrag der Regierung, das Princip, daß die Religion nicht mehr ein Hinderniß für die Erlangung der bürgerlichen und politischen Rechte sein soll, in die Verfassung aufzunehmen, abgelehnt. Ebenso hat das Comité den von Rosetti vorgelegten die Juden in Kategorien eintheilenden Entwurf, welchem die Regierung ihre Zustimmung erteilt hatte, abgelehnt. Das Comité beharrt darauf, die Art. 8 und 9 des bürgerlichen Codes, wonach in Rumänien geborene christliche Ausländer mit dem 21. Lebensjahre für Rumänien optiren und so die bürgerlichen und politischen Rechte erlangen konnten, aufzuheben, und hat lediglich zugestanden, daß der individuelle Antrag auf Ertheilung des Indigenats mit einfacher, anstatt mit Zweidrittel-Majorität, votirt werden soll. Das Comité, welches heute die Paragraphen betreffend die Erwerbung von Ruralbesitz beräth, dürfte seinen Bericht erst in zwei oder drei Tagen vorlegen.

\* Bukarest, 16. Juli. Das Ministerium hat seine Dimission gegeben; die Kammer tritt sofort zu einer geheimen Sitzung zusammen, um über die Lage zu beraten.

\* Wien, 16. Juli abends. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Konstantinopel: „Karif-Pascha, Munif-Pascha und Nebji-Pascha sind zu Delegirten für die Verhandlungen mit Griechenland ernannt worden.“ — Aus Athen: „Der griechische Gesandte in Konstantinopel, Konduriotis, ist beauftragt worden, bei der Pforte von neuem auf die Eröffnung der Verhandlungen über die Grenzregulirung zu dringen. In den Kreisen der griechischen Regierung glaubt man, daß mit Ausnahme Englands alle Großmächte den Ausspruch Griechenlands auf Janina unterstützen dürften.“

\* Washington, 15. Juli. Nach dem von dem Landwirtschaftlichen Bureau erstatteten Bericht wurde der Stand der Baumwollenernte am 1. Juli auf 93 Proc. geschätzt; der Stand des Getreides ist ziemlich gut, theilweise sogar vorzüglich.

\* Washington, 16. Juli. Die gestern gemeldete, vom Schatzsecretär Sherman für den laufenden Monat angeordnete Einlösung von 10/40er Bonds betrifft nur diejenigen 10/40er Bonds, deren Einlösung für den Monat Juli bereits früher bekannt gemacht worden war.

\* New Orleans, 16. Juli. Die hier und in andern Städten der Südstaaten den aus Memphis kommenden Personen gegenüber angeordnete Quarantäne ist wieder aufgehoben worden.

## Der Vorschlag einer Verfassungsänderung.

— Leipzig, 17. Juli. Ueber den dem Bundesrathe vom Reichkanzler vorgelegten Entwurf einer Aenderung der Art. 13, 24, 69 und 72 liegen nun ausführlichere Mittheilungen vor. Danach lautet der Antrag mit Hinzueinbringung der Eingangs- und Schlußformeln:

„An die Stelle der Art. 13, 24, 69 und 72 der Reichsverfassung treten die folgenden Bestimmungen: Art. 13. Die Berufung des Bundesrathes und des Reichstages findet mindestens alle zwei Jahre statt, und kann der Bundesrath zur Vorbereitung der Arbeiten ohne den Reichstag, letzterer aber nicht ohne den Bundesrath berufen werden. Art. 24. Die Legislaturperiode des Reichstages dauert vier Jahre. Zur Auflösung des Reichstages während derselben ist ein Beschluß des Bundesrathes unter Zustimmung des Kaisers erforderlich. Art. 69. Alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushaltsetat gebracht werden. Der letztere wird für einen Zeitraum von zwei Jahren, jedoch für jedes Jahr besonders, vor Beginn der Etatsperiode nach folgenden Grundsätzen durch ein Gesetz festgestellt. Art. 72. Ueber die Verwendung

aller Einnahmen des Reiches ist durch den Reichskanzler dem Bundesrathe und dem Reichstage zur Entlastung für jedes Jahr Rechnung zu legen.“

Die Motiven heben hervor, wie auf die Erledigung der Geschäfte des Reichstages seither fast in jedem Jahre der Umstand einen nachtheiligen Einfluß geübt, daß seine Sessionen mit den Sitzungsperioden der Landtage zusammentrafen. Das Verlangen, in dieser Hinsicht der Thätigkeit des Reichstages eine gesicherte Stellung gegeben zu sehen, ist wiederholt in Reichstagsbeschlüssen zum Ausdruck gelangt und als berechtigt anerkannt worden. Der von allen Seiten getheilte Wunsch, diesem Verlangen zu entsprechen, ist ein wesentliches Motiv für die Verlegung des Reichsetatsjahres auf den 1. April bis 31. März gewesen, aber diese Maßnahme ist von dem erwarteten Erfolg nicht begleitet gewesen, und zwar zum Theil deshalb nicht, weil einige Bundesstaaten, dem Vorgange des Reiches folgend, gleichfalls den Beginn ihres Etatsjahres auf den 1. April festgesetzt haben. Eine befriedigende Ordnung der Verhältnisse kann nur durch eine Aenderung der Reichsverfassung hergestellt werden. Der hauptsächlichste Grund der erwähnten Mängel liegt darin, daß gegenwärtig die Zeit, in welcher die Bundesstaaten ihre Haushaltssetats feststellen, vielfach mit der Zeit, deren der Reichstag zur Verhandlung über den Reichshaushaltsetat bedarf, sich zu nahe berühren. In mehreren Bundesstaaten, wie namentlich in Preußen, ist die Etatsperiode ebenfalls wie im Reiche eine einjährige. Um in der Veranschlagung der einzelnen Etatsansätze den gegebenen Verhältnissen möglichst nahe zu kommen, macht sich in diesen Staaten das Bestreben geltend, die Verhandlungen über den Etat nicht zu frühzeitig vor dem Beginn der neuen Etatsperiode zum Abschluß zu bringen. Denjenigen Staaten gegenüber, welche ihren Etat jetzt jährlich feststellen, wird mithin auf die Vermeidung des Zusammentreffens von Reichstags- und Landtagsessionen nur dann mit Sicherheit zu rechnen sein, wenn überall zweijährige Perioden eingeführt werden, aber so, daß diese für das Reich und die Bundesstaaten nicht in demselben Jahre ihren Anfang nehmen. Dann würden in dem Jahre, in welchem der Reichshaushaltsetat festgestellt wird, keine parlamentarische Verhandlung über Landeshaushaltsetats stattfinden und umgekehrt. Um dies zu erreichen, bedarf es einer Aenderung der gedachten Verfassungsartikel.

Was den Art. 13 betrifft, so fällt, falls der Etat nicht mehr jährlich festgestellt wird, auch die Nothwendigkeit fort, den Bundesrath und den Reichstag in jedem Jahre zu berufen, denn die übrigen gesetzgeberischen Arbeiten sind nicht der Art, daß die alljährliche Berufung beider Versammlungen als ausnahmslose Regel festzuhalten wäre. Wenn die Etatsfeststellung für je zwei Jahre erfolgt, so empfiehlt es sich nicht, eine Legislaturperiode des Reichstages von dreijähriger Dauer beizubehalten, da sonst der Reichstag abwechselnd in der einen Periode zweimal, in der andern aber nur

## Die Hebung des Großen Kurfürsten.

Nach den officiösen berliner Mittheilungen hat die Inangriffnahme der eigentlichen Hebungsarbeiten der bei Follstone gesunkenen Panzerfregatte Großer Kurfürst noch nicht stattgefunden. Dieser Angabe gegenüber erhalten mehrere Blätter aus Dover eine Zuschrift, in welcher Nachstehendes ausgeführt wird:

Die Aufstellung, daß seit dem vergangenen Herbst nichts weiter geborgen worden sei als drei Anker und eine 8-Centimeter-Stafflanone, ist insofern richtig, als die Lage des Schiffes, hielaufwärts, jeden Versuch, werthlose Gegenstände zur Oberfläche zu fördern, überflüssig erscheinen lassen würde. Zur Beantwortung der Behauptung hinsichtlich der eigentlichen Hebungsarbeiten werden folgende thatsächliche Mittheilungen dienen. Trotz der seit neun Monaten herrschenden ungünstigen Witterung wurde jede Gelegenheit benutzt, durch die geübtesten englischen und deutschen Taucher über die Lage der Fregatte, über die Bruchstelle im Rumpf des Schiffes und über alle Punkte zur Anheftung von Pontons die ausführlichste und gewissenhafteste Auskunft zu erlangen. Nachdem die Größe und innere Gestaltung der Bruchstelle festgestellt war, wurden verschiedene Modelle zur Schließung derselben angefertigt; erst nachdem es gelungen war, den nach innen lodenförmig sich drehenden Bruchrand genau zu messen, wurde die Anfertigung eines halbzölligen Stahlschildes unternommen. Die Höhe desselben ist 10 Fuß, die Breite 7 Fuß, es ist oval und convex, von Stahlriegeln und Querbalken gestützt, mit einem äußern Stahlrande umgeben, unter welchem starke Guttapercha-

wasserröhren angebracht sind, welche durch Anpressung des Schildes an die äußere Wandung des Schiffes mit Hilfe kräftiger Stahlschrauben die geringste Dehnung verhindern. Zur Ausführung der äußerst schwierigen Operation der Verschließung der Bruchstelle dient ein eisenschlagenes Schwebegerüst, das von den Tauchern an den Schiffskörper befestigt wird. Alle diese Vorbereitungsarbeiten und Apparate sind ziemlich beendet und es handelt sich nur noch um die Kunst der Witterung. Die bewährtesten englischen Ingenieure und Tauchermeister haben die Ausführung der Arbeit übernommen.

Der von dem Berichterstatter geschilderte kleine Raddampfer Sherbow von 118 Tonnen wurde von der englischen Regierung als ein Schiff von 380 Tonnen gebaut und ist mit den stärksten Hebungsapparaten versehen. Seine Centrifugalpumpe wirft in der Minute 6000 Gallonen Wasser aus, während die Luftpumpen, von einem neuconstruirten Dampfessel gestützt, im Stande sind, den Wassergehalt des Kielraumes der mächtigen Panzerfregatte in Einem Tage zu verdrängen und derselben die Fähigkeit zum Selbstschwimmen zu verleihen. Ein neu und für diesen Zweck besonders construirter Apparat ist bereit, die Masten und das Takelwerk, welche durch die beim Sinken erfolgte Umbrechung des Schiffes in den Kreidboden des Meeres gedrungen, mit größter Schnelligkeit zu durchschneiden und zu entfernen, sodas beim Steigen des Schiffes keine Hindernisse obwalten können. Außerdem verfügt Hr. Leutner nicht über 5, sondern über 200 Pontons von je 10—18 Tonnen Hebekraft, welche, nachdem das Schiff durch die Wir-

kung der mächtigen Luftpumpen vom Boden gehoben und von Bugfirdampfern in eine niedere Wasserschicht geführt worden ist, wesentlich dazu dienen werden, die unter dem Einflusse der andrängenden Flut vorzunehmende Umwendung des riesigen Schiffes zu unterstützen. Außerdem werden in den Tagen des eigentlichen Hebungswerkes 12 Taucher in verschiedenen auf das vollständigste ausgerüsteten Booten bereit sein, die vielfach verschlungenen Drahtseile, welche mit den gelassenen Masten, Raaken und sonstigen Schiffgegenständen zusammenhängen, in kürzester Zeit zu lösen. Seit 14 Tagen werden die Fluten des Kanals vom Sturme gepeitscht; sobald die See sich beruhigt hat und die Taucher in die Tiefe steigen können, hofft Hr. Leutner zu beweisen, daß er viele Tausende von Pfunden nicht für zwecklose Versuche in die See gesenkt hat. Drei Wochen ruhiger Arbeit werden — so hofft man — genügen, den Kurfürsten in Sicherheit zu bringen, obgleich die Flut nicht längere Arbeitszeit als 35 Minuten bis anderthalb Stunde den Tauchern gewährt.

Karl Sonntag erzählt in seinen Bühnenerlebnissen folgendes Geschichtchen aus Hannover. Das Ministerium wechselte damals (1862) im Lande sehr oft — wie dies ja auch in andern Ländern vorkommt — und eines Tages kam Minister Windthorst zu Tisch an die Table-d'hôte im British Hotel und erzählte die folgende eben erlebte Begebenheit. Sie — die Exc. Windthorst nämlich — hatte eine Wohnung gemiethet und als sie mit der Vermieterin einig war, ihren Namen genannt. „Dann bitte ich um Entschuldigung“, war die rasche Antwort der Hannoveranerin, „wenn Sie ein Herr Minister sind, kann ich Ihnen die Wohnung nicht vermieten; ich kann nicht alle Jahre in meinem Hause mit den Parteien wechseln!“

einmal zu einer ordentlichen Session und zur Staatsberathung gelangte. Daher bestimmt die neue Fassung des Art. 24 eine Dauer der Legislaturperiode von vier Jahren. Die Trennung der beiden Staats für die zwei Jahre (Art. 69) empfiehlt sich, weil dieser Modus sich von dem bisherigen Rechte weniger entfernt und eine leichtere Uebersicht der Staatsverhältnisse gewährt, und endlich kann die Rechnungslegung (Art. 72) selbstverständlich nicht mehr jährlich erfolgen, wenn die Berufung des Reichstages nicht mehr notwendig ist, sondern nur in den Jahren des Zusammentritts. Die gebachten Verfassungänderungen bedingen eine entsprechende Modification von Vorschriften, welche auf der Voraussetzung der alljährlichen Berufung des Reichstages beruhen (z. B. §. 28 des Bankgesetzes von 1875, die Gesetze über den Reichs-Kriegsschatz, die Verwaltung des Invalidenfonds, §. 37 des Reichs-Militärstrafgesetzes etc.). Die Feststellung dieser Aenderungen bleibt einem Specialgesetz vorbehalten.

Dies der Inhalt des Vorschlags! Derselbe zerfällt in drei wesentlich voneinander verschiedene Theile, die auch bei Beurtheilung des Vorschlags voneinander getrennt zu halten sind.

Der eine ist die vorgeschlagene Verlängerung der Legislatur- oder Wahlperioden des Reichstages von drei auf vier Jahre. Dieser Punkt ist unabhängig von den andern beiden: in England bestehen jährliche Parlamente und doch nur alle sieben Jahre Neuwahlen, in Oesterreich wird der aus Wahlen hervorgehende Theil des Reichsrathes, der auch jährlich zusammentritt, nur alle sechs Jahre erneuert.

Gegen diese Aenderung würden wir an sich so viel nicht haben: unser Volk ist des vielen Wählens müde und würde sich wol damit einverstanden, wenn es nur alle vier Jahre die Unbequemlichkeiten, die Opfer an Zeit, zum Theil auch an Geld, die eine allgemeine Reichstagswahl verursacht, auf sich zu nehmen hätte. Das politische Moment fällt bei dem mächtigen Unterschiede zwischen drei und vier Jahren nicht so sehr ins Gewicht. Nur Eins möchten wir zu bedenken geben: ob es nämlich passend sei, daß ein Einzelstaat, und wäre es auch der größte, Preußen, kürzere Wahlperioden habe als das ganze Reich. In Preußen aber ist die Wahlperiode eine dreijährige.

Was die beiden andern Vorschläge betrifft, so halten wir den, wonach überhaupt bloß zweijährige Reichstags-Sitzungen stattfinden sollen, weder für ausreichend motivirt noch der ganzen Sachlage nach für annehmbar. Alle größeren Verfassungsstaaten, und selbst die meisten kleineren (wie Belgien, die Niederlande, die Schweiz), haben jährliche Parlamente: es hiesse Deutschland gewissermaßen degradiren, wollte man seine Gleichstellung hierin mit jenen andern Staaten aufheben, wollte man die deutsche Nation, diese durch die kraftvolle Politik Kaiser Wilhelm's I. und seines großen Kanzlers auf die höchste Rangstufe gehobene Nation, jedesmal für ein ganzes Jahr lang mundtot erklären, während andere Nationen in der Zwischenzeit ihre Stimme erheben würden — und das vielleicht auch in solchen Zeiten, wo der Rückhalt der öffentlichen Meinung, ausgesprochen in der gesetzgebenden Vertretung des Volkes, für die Regierung selbst sehr wichtig sein könnte.

Nein! Bei einem großen, mächtigen, freien Volke — und ein solches ist das deutsche seit 1871! — ist das jährliche Zagen seiner Gesamtvertretung etwas so Natürliches, Selbstverständliches und Nothwendiges wie das regelmäßige Ein- und Ausathmen beim Menschen.

Wieder etwas anderes ist die vorgeschlagene Verwandlung der alljährlichen Reichsbudgets in zweijährige. Hier handelt es sich (die Festhaltung jährlicher Sessionen vorausgesetzt) weniger um ein Princip als um die praktische Zweckmäßigkeit. Um dieser willen hat der Reichstag schon einmal sogar ein dreijähriges Heeresbudget bewilligt (1871). Die eigenthümlichen Wechselbeziehungen zwischen dem Reichsbudget und den Budgets der Einzelstaaten (Wechselbeziehungen, die zum Theil noch enger werden dürften, falls die Einzelstaaten Ueberschüsse vom Reiche für ihre Budgets erhielten) machen eine Erleichterung dieses Verhältnisses gewiß wünschenswerth; ob dazu freilich eine Verwandlung der jährlichen Reichsbudgets in zweijährige notwendig sei — das ist eine Frage, die man ohne Aufregung erwägen kann und über die wir selbst unsere letzte Entscheidung und vorbehalten möchten. Aber das glauben wir hier sofort aussprechen zu müssen: von den jährlichen Reichstagen abzugehen, dazu sehen wir keinen Grund und dagegen sprechen die allerernstesten Bedenken.

**Spaltungen im ultramontanen Lager.**

N.L.C. Berlin, 17. Juli. Es mehren sich die Anzeichen einer fortschreitenden Misstimmung der ultramontanen Partei im Lande über die Haltung der Centrumsfraction im Reichstage. Sonst pflegte die ultramontane Provinzialpresse im Gegensatz zu den Führern des Centrums und ihrem hauptstädtischen Organen den Standpunkt der verhältnismäßig Gemäßigten zu

vertreten. Seitdem aber die Herren Windthorst und v. Schorlemer die große Schwentung vollzogen, hält die Presse des Centrums in der Provinz der neuesten Taktik der Führer gegenüber die alten Traditionen und Principien aufrecht. Wir wollen nicht von der extremen bairischen Hesperie reden, die schon seit langer Zeit gegen die berliner Führung im Centrum ankämpft und auch in einem ultramontanen Preußen in erster Linie doch immer noch den verhassten „Preußen“ erkennt; aber auch schlesische und rheinische ultramontane Blätter vermögen ihren Zweifel und Argwohn nicht mehr zurückzuhalten. Die Deutsche Reichszeitung in Bonn sagt:

Von der Tribüne herab ist wiederholt von Centrumsmännern versichert worden, für höhere Besteuerung von Kaffee, Thee, Petroleum und andern Dingen, welche für den kleinen Mann zum Leben unentbehrlich seien, würde das Centrum nie stimmen, die katholische Presse hat das nachgesprochen — wie steht sie nun da vor der ganzen Welt? Der Sturm wird sicher kommen, wenn erst das gewöhnliche Volk den Aufschlag an den nothwendigsten Lebensbedürfnissen fühlen wird. Uns hat nun einmal die Sache ruhig gemacht. Wir — Männer vom Centrum — wurden überrascht: 1) durch die Bewilligung einer Abgabenerhöhung ganz gegen die Versprechungen des Programms; 2) durch die Bewilligung der Finanzhilfe ganz gegen die wiederholten Versicherungen von der Tribüne und in der Reichsversammlung; 3) durch die Bewilligung einer so überaus reichen Einnahme an das Reich unter Bismarck, nachdem wir so Vieles und Schweres haben erdulden müssen.

In ähnlichen Betrachtungen ergeht sich ein großer Theil auch der übrigen ultramontanen Provinzialpresse. Gegen den Vorwurf, daß das Programm des Centrums in Fesseln liege, werden nur verlegene und nichtsagende Rechtfertigungen laut.

Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß diese jetzt noch schüchtern auftretende Bewegung an Intensität und Umfang gewinnen wird, namentlich wenn der beanspruchte Lohn doch nicht völlig den geleisteten Diensten entspricht. „Versprechungen hinsichtlich des Culturkampfes sind nicht gemacht und nicht verlangt worden“, hat Windthorst auf der Reichstagstribüne versichert, und wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln. Positive Zusicherungen wird der Reichskanzler wol nicht gegeben haben, und welchen Verlauf die Verhandlungen mit der Curie nehmen, die, wie man annimmt, seit der neuen Besetzung des Cultusministeriums wieder in regern Fluß kommen und günstigere Aussichten eröffnen, das ist einstweilen noch sehr dunkel. Der Gedanke liegt jedenfalls nahe, daß der Preis nicht so rasch und nicht so vollständig bezahlt werden wird, als es die Ungebuld und die Präntension des Centrums erwarten, und trotz der suffisanten Worte des Abg. Windthorst über die Unmöglichkeit, ihn zu dupiren, könnte leicht die ultramontane Wählerschaft in dieser Beziehung anderer Ansicht sein.

Es heißt, das Centrum gedenke, vor den Landtagswahlen mit einem neuen Programm vor die Welt zu treten. Aus dem alten freilich sind doch die brauchbarsten Stücke ausgebrochen. Wir sind begierig, wie man die im katholischen Volke immer deutlicher zum Bewußtsein kommende Thatsache verfaßt wird, daß das Centrum die alten volkreundlichen und freiheitlichen Grundzüge, mit denen es sonst zu prahlen pflegte, so leichten Perzens preisgegeben hat. Es schlägt doch gar zu dreist den Thatsachen ins Gesicht, wenn die „Germania“ auch jetzt noch sagt: „Das Programm der Centrumpartei ist unverändert; sie will die bürgerliche Freiheit schützen und befestigen, auf größere Sparsamkeit im Haushalte dringen.“ Alles Anschein nach steht das Centrum vor einer innern Krisis, deren Keime und Anfänge wir bereits vor uns sehen, deren weitere Entwicklung wir mit großem Interesse verfolgen werden.

**Die politische Lage in Oesterreich.**

Aus Wien geht der National-Zeitung „von wohlunterrichteter Seite“ ein Schreiben zu, das sich über die im dieseitigen Oesterreich augenblicklich bestehende politische Lage in ausführlicher Weise verbreitet. Wir entnehmen demselben Folgendes:

Von einem Politiker, der in der Lage ist, die Intention der gegenwärtigen Regierung oder, wenn man so will, des Grafen Taaffe genau zu kennen, wird die Situation bis zum Zusammenritt des Reichsrathes in folgender Weise geschildert. Der Verfassungspartei, wie sie im alten Abgeordnetenhaus bestand, mußte eine Majorität entgegengesetzt werden, welche geneigt war, die Regierung zu stützen, in allen wichtigen Fragen mit ihr Hand in Hand zu gehen; denn es war notwendig, den Weg der unfruchtbaren Negation, auf welchen Dr. Ferstl seine Partei geführt, und auf welchen die ins Blaue drängende Fortschrittspartei folgte, zu verlassen, und es war für das Ansehen und die Würde der Regierung unerlässlich, danach zu trachten, daß sie nicht mehr wie bisher in jeder das Leben und die Actionsfähigkeit des Staates berührenden Frage die Minoritäten, und manchmal unter schweren Opfern, zu Hilfe rufe. Der Einwand, daß die Regierung mit der Verfassungspartei hätte agiren sollen, trifft nicht zu, weil die Verfassungspartei unter sich nicht einig war.

Man irrt sich jedoch, wenn man glaubt, daß die gegenwärtige numerische Majorität der andern Parteien über die Verfassungspartei schon auch die Majorität sein müsse, auf welche sich die Regierung im neuen Hause wird stützen können. Die Regierung hofft — und sie hat gegründete

Anhaltspunkte dafür — innerhalb der Verfassungspartei eine große Anhängerschaft zu gewinnen, die mit Hilfe der Polen allein, deren verfassungsmäßige Mitwirkung gesichert ist, schon eine Majorität ausmachen würde. Es ist also ein Grund zur Befürchtung des Eintritts der Reaction nicht vorhanden. In dieser Voraussicht werden den gegenwärtigen Ministern v. Stremayr und v. Clumetzki Portefeuilles im neuen Ministerium wieder angeboten werden. Namentlich wird auf das Verbleiben des Handelsministers (Ritter v. Clumetzki) großes Gewicht gelegt; Graf Taaffe würde dessen Abwesenheit sehr schwer empfinden. Dagegen ist beabsichtigt, von den Abriegen Portefeuilles zwei provisorisch zu besetzen und die definitive Besetzung dieser sowie der „vacanten“ Portefeuilles zu vertagen, bis sich im Reichsrathe eine große Partei gebildet hat, deren fähigste Führer dem Ministerium beitreten und solcher Art ein gut parlamentarisches Ministerium bilden sollen. Nur Eins scheint ausgemacht, nämlich daß in demselben Mitglieder der Fortschrittspartei keinen Platz finden werden.

Daß die Regierung irgendwie die Hand bieten würde, an der Verfassung oder an den Schulgesetzen zu rütteln, ist nach diesen Gerüchten ebenso unwahr, als daß sie den Clerikalen oder den Feudalisten irgendwelche Versprechung gemacht hätte, aus welcher diese Eventualitäten abgeleitet werden könnten. Graf Taaffe habe sich in keiner Weise engagirt. Er sei von dem redlichen Willen befeelt, eine große Regierungspartei auf verfassungsmäßigem Wege zusammenzubringen, um mit Kraft an die Lösung der finanziellen und wirtschaftlichen Fragen gehen zu können. An Energie werde es ihm nicht fehlen, auch nicht an der besten Unterstützung der maßgebenden Gewalten. Vom Abgeordnetenhaus werde es nun abhängen, wie rasch und mit welchem Grade von Anstrengung das Programm des Grafen Taaffe seiner Durchführung entgegenreisen werde.

Die Neulichkeiten wie die Verschiedenheiten der dortigen Lage und der unserigen in Deutschland springen ins Auge.

**Deutsches Reich.**

Die Provinzial-Correspondenz berichtet: „Unser Kaiser hat nach einem mehrwöchentlichen, von günstigem Erfolge begleiteten Curgebrauche am Montag (14. Juli) Nachmittag Bad Ems verlassen und sich zunächst zum Besuche der Kaiserin nach Koblenz begeben, woselbst am Dienstag (15. Juli) die drei neu-ernannten Minister Bitter, v. Puttkamer und Dr. Lucius von den Majestäten empfangen wurden. Am Donnerstag (17. Juli) gedenkt der Kaiser sich nach der Insel Mainau und von da am 20. Juli nach Rosenheim und am 21. Juli nach Gastein zum mehrwöchentlichen Curgebrauche zu begeben.“

Der Deutsche Reichs-Anzeiger veröffentlicht folgende kaiserliche Ordre:

Auf Ihren Bericht vom 12. Juli bestimme ich, daß die bisher mit dem Reichskanzleramt verbundene Finanzverwaltung des Reiches fortan von einer befondern, dem Reichskanzler unmittelbar unterstellten Centralbehörde unter der Benennung „Reichsschatzamt“ zu führen ist.

Bad Ems, 14. Juli 1879.  
Wilhelm.  
v. Bismarck.

An den Reichskanzler.

Der Generalpostmeister Stephan veröffentlicht folgende Bekanntmachung betreffs der Errichtung einer Reichsdruckerei in Berlin:

Auf Grund der Besetze vom 15. Mai und 6. Juli ist die königlich preussische Staatsdruckerei in Berlin vom Reiche erworben und mit der bisher unter Reichsverwaltung befindlich gewesenen, vormals v. Decker'schen Geheimen Oberhofbuchdruckerei zu einer Reichsdruckerei vereinigt worden. Die Verwaltung der letztern erfolgt durch eine dem Generalpostmeister unterstellte Behörde, welche die Bezeichnung „Direction der Reichsdruckerei“ führt und ihren amtlichen Wohnsitz in Berlin SW., Oranienstraße Nr. 92-94, hat. Diese Behörde übernimmt die gesammten Rechte und Pflichten der bisherigen beiden einzelnen Anstalten, tritt also auch in sämtliche mit letztern geschlossenen Verträge ein.  
Berlin W., 16. Juli 1879.

Der Generalpostmeister.  
Stephan.

Nach dem Abschlusse der Bücher der Reichshauptkasse für das mit dem 31. März abgelaufene Etatsjahr 1878/79 stellen sich die Ergebnisse des Reichshaushalts für diese Rechnungsperiode wie folgt:

Beim ordentlichen Etat der Verwaltung des Reichsheeres sind, hauptsächlich weil der Naturalienbedarf der Armee billiger, als der Etat voraussetzte, angeschafft werden konnte, nicht unwesentliche Ersparnisse vorgekommen, deren Gesamtbetrag die bei andern Titeln eingetretenen Mehrbedürfnisse um etwa 7,412,000 M. übersteigt. Ferner sind bei den auf die Verwaltung des Reichsheeres bezüglichen Titeln des allgemeinen Pensionsfonds 71,000 M. erspart und an eigenen Einnahmen der Militärverwaltung gegen den Etat 370,000 M. mehr aufgefunden. Im Ressort des Reichskanzleramtes haben die Ausgaben zur Bekämpfung der Kinderpest und sonstige unvermeidliche, im Etat nicht zum Ansatz gekommene Kosten die bei den Etatsfonds gemachten Ersparnisse um etwa 1,289,000 M. überstiegen. An den Finsen der Reichsschuld, soweit sie nicht dem abgeordnet verwalteten Münzfonds zur Last fallen, hat sich dagegen eine Ersparnis von 1,429,603 M. erzielen lassen. Beim Auswärtigen Amte sind 1,448,866 M. und bei der Marineverwaltung 342,776 M. über den Etat hinaus erforderlich gewesen. Die übrigen bei den Hauptabschnitten des ordentlichen Ausgabeetats vorgekommenen Abweichungen von den Etatsansätzen sind von geringem Belang. Im ganzen blieben die aus den ordentlichen Einnahmen des Reiches zu deckenden Ausgaben hinter der Voraussehung des Etats um 6,995,471 M. 82 Pf. zurück. Die Einnahmen des Reiches haben ein weniger günstiges Ergebnis geliefert. Der Minderetrag an Zöllen und Verbrauchssteuern gegen den Etat beträgt 14,792,228 M. 41 Pf. Der

Ertrag ... schlägt ... Reichspol ... und der ... fällen vo ... erträge ... Bankwe ... verschied ... fröhlich ... geben ... an Spiel ... 1878 im ... über, so ... sch auf ... sichtigung ... Ausgabe ... halt des ... 89 Pf.

— Du ... dung ein ... lichen ... Ingenieur ... Maaten ... den Geb ... der Tor ... jenen C ... Personal ... die unter ... über die ... mit Aus ... sprechend ... Obering ... der Tor ... zur See, ... des Unt ... dem Kam ... mit dem ... Mechanik ... Mechanik ... Uniform ... bezieht ... Abzeichen ... kreuzende

— Die ... des Reid ... tage: ... Bedeutung ... beeinträ ... jährlich ... an einen ... stellungen ... Reichstag ... im Stan ... fers drin ... der Verfa ... puz an ... Jahre hi ... tretung, ... ziehen ka ... außerord ... wäre ein ... hohem C ... droht ste ... dem Kai ... der einzi ... was die ... setzt, das ... Ueber ... den und ... Reichstag ... folgenderr ... Es ist ... praktischer ... aber dem ... deren Sch ... Abgesehen ... für die W ... zweiten J ... in dem J ... — Die ... in Anknü ... gerichteter ... und Ham ... des Ausd ... des Oegr ... sie allgen ... würde. ... auf dem ... vor kurze ... einmal di ... ebenfalls ... Leime get ... weit ver ... wunden. ... liberale C ... und durc ... erörtert ... wesen, u ... werden k ... so wenige ... kanzlers ... eigentlich

Ertrag der Wechselstempelsteuer ist hinter dem Staatsan- schlage um 822017 M. zurückgeblieben, die Ueberschüsse der Reichspost- und Telegraphenverwaltung um 1,468509 M. und der Reichs-Eisenbahnen um 471986 M. Den Ausfällen von zusammen 17,700854 M. 22 Pf. stehen Mehre- erträge bei den Einnahmen aus der Reichsdruckerei, dem Bankwesen, den verschiedenen Verwaltungseinnahmen, den verschiedenen Verwaltungseinnahmen, den Ueberschüssen früherer Jahre und bei den Zinsen aus belegten Reichs- geldern sowie die im Etat nicht vorgesehenen Einnahmen an Spielkartenstempel auf Grund des Gesetzes vom 3. Juli 1878 im Gesamtbetrage von 4,447560 M. 51 Pf. gegen- über, so daß der Ausfall bei den ordentlichen Einnahmen sich auf 13,253293 M. 71 Pf. ermäßigt. Unter Berücksichtigung der oben auf 6,995471 M. 82 Pf. angegebenen Ausgabeersparnisse ergibt sich für den ordentlichen Haus- halt des Etatsjahres 1878/79 ein Deficit von 6,257821 M. 89 Pf.

Durch allerhöchste Ordre vom 8. Juli ist die Bil- dung eines Torpeder-Ingenieurcorps der kaiser- lichen Marine bestimmt worden. Dasselbe soll aus Ingenieuren, Mechaniker-Deckoffizieren und Mechaniker- Maaten gebildet werden und die Aufgabe haben, für den Gebrauch, die Aufbewahrung und Instandhaltung der Torpedos als Hülfspersonal zu dienen. Die ein- zelnen Chargen des zum Soldatenstande gehörenden Personals dieses Corps, für welches bis auf weiteres die unter dem 7. Mai 1872 erlassenen Bestimmungen über die Organisation des Maschinen-Ingenieurcorps mit Ausnahme der §§. 3, 4, 5, 8, 10 und 19 ent- sprechende Anwendung finden, sind: der Torpeder- Oberingenieur mit dem Range des Kapitänleutnants, der Torpeder-Ingenieur mit dem Range des Lieutenant zur See, der Torpeder-Unteringieur mit dem Range des Unterleutnants zur See, der Obermechaniker mit dem Range des Deckoffiziers 1. Klasse, der Mechaniker mit dem Range des Deckoffiziers 2. Klasse, der Ober- Mechanikermaat mit dem Range des Obermaaten, der Mechanikermaat mit dem Range des Maaten. Die Uniform dieses Personals ist die des Maschineningenieur-, beziehentlich des activen Maschinenpersonals mit dem Abzeichen eines schwarzen T auf dem ein Fahrrad kreuzenden Anterschafte.

Die National-Zeitung sagt über den Vorschlag des Reichskanzlers wegen der zwei jährigen Reichs- tage: „Durch die Annahme der Vorlage würde die Bedeutung des Reichstages in der schwersten Weise beeinträchtigt werden. Daß die Volkvertretung sich jährlich versammle, ist eine entscheidene Anforderung an einen Staat, dessen Verfassung den heutigen Vor- stellungen von Liberalismus entsprechen soll. Ein Reichstag, der im Zeitraume von zwei Jahren nicht im Stande ist, seine Stimme zu dem Ohre des Kai- sers bringen zu lassen, ist nicht mehr ein Grundstein der Verfassung, sondern nur noch ein decorativer Auf- satz an dem Gebäude. Eine Verwaltung, die zwei Jahre hindurch sich jeder Controle durch die Volkver- tretung, jedem Worte der Rechenschaft an dieselbe ent- ziehen kann, kommt den Idealen des Absolutismus außerordentlich nahe. In jedem constitutionellen Lande wäre eine Neuerung wie die vorgeschlagene in sehr hohem Grade für die Freiheit gefährlich; bei uns be- droht sie zugleich den Einheitsgedanken. Denn mit dem Kaiser ist in unsern Institutionen der Reichstag der einzige Repräsentant des Einheitsgedankens, und was die Rechte und die Würde des Reichstages herab- setzt, das schädigt zugleich die Einheit des Reiches.“

Ueber die Absicht der Regierung, die Budgetperi- oden und demgemäß auch die Legislaturperioden im Reichstage zu verlängern, äußert sich die «Germania» folgendermaßen:

Es läßt sich nicht leugnen, daß eine Reihe gewichtiger praktischer Gründe für die geplante Abänderung sprechen, aber dem gegenüber stehen die Rechte der Volkvertretung, deren Schwächung in keinem Falle zugelassen werden darf. Abgesehen von andern, würde es insbesondere in die Will- für der Regierung gestellt sein, den Reichstag nur je im zweiten Jahre zu berufen, nachdem das Compelle, welches in dem jährlich zu bewilligenden Budget liegt, weggefallen.

Die ultramontane Kölnische Volks-Zeitung bemerkt in Anknüpfung an einen gegen die liberale Partei gerichteten heftigen Erguß des Süddeutschen Bank- und Handelsblattes: „Abgesehen von einigen Excessen des Ausdrucks, spricht sich hierin eine Unterschätzung des Gegners aus, die sich bitter rächen könnte, wenn sie allgemein von den antiliberalen Parteien getheilt würde. Der Liberalismus ist nicht entfernt derartig «auf dem Hund», wie dies die Conservativen noch vor kurzer Zeit gemessen sind. Bisher ist noch nicht einmal die Fraction vollständig gesprengt, die Partei ebenfalls nicht trotz ihrer gründlichen Zerfahrenheit, und selbst wenn die Parteiorganisation total aus dem Leime gehen sollte, so ist damit der Liberalismus als weit verbreitete Volkskrankheit noch lange nicht über- wunden. Eine Reihe von Jahren hindurch ist das liberale System — mit welchen Mitteln und Opfern und durch wessen starke Hand gestützt, mag hier un- erörtert bleiben — hauptsächlich das herrschende ge- wesen, und den Satz, daß es dies nicht noch einmal werden könnte, möchten wir nicht unterschreiben, um so weniger, als wir, trotz der Absagere der Reichs- kanzlers, daran festhalten, daß die liberale Partei nicht eigentlich entlassen, sondern gewissermaßen nur zur

Disposition gestellt und unter Umständen wieder für ein Billiges zu haben ist. Die Centrumpartei, die unter der liberalen Wirthschaft am schwersten gelitten hat, dürfte am wenigsten Grund haben, dem jetzt über- wundenen Gegner bereits den Todtschein auszustellen. Denken wir weniger an die Triumphe der Gegenwart als an die Möglichkeiten, welche die Zukunft birgt! Darum die Augen offen und das Pulver trocken ge- halten!“

Die augsburger Allgemeine Zeitung sagt in einem Rückblick auf die letzte Reichstagsession mit Bezug auf den Frankenstein'schen Antrag: „Wenn süddeutsche Liberale in der Annahme des Frankenstein'schen An- trages kein besonderes Unheil erkennen können, so wird man nicht ganz fehlgehen, wenn man ein mitbestim- mendes Moment darin sucht, daß die nicht eben sehr hellen Aussichten, welche der conservative Hauch im größten deutschen Bundesstaate für Verfassungs- und Culturleben herausgeführt hat, eine Verstärkung des deutschen Schwerpunktes in Berlin zunächst minder wünschenswerth erscheinen lassen als eine mit dem Bundesrechte vereinbare Bestimmung, welche die Ver- wendung finanzieller Mittel den constitutionellen Ver- tretungen der Einzelstaaten überweist, die sie wohl zu Rathe halten werden.“

Die Weser-Zeitung bemerkt: „Die national-liberale Partei hat seit ihrem Bestehen stets mit bewusster Un- eigennützigkeit gehandelt. Der feste Wille, keinen Dank zu beanspruchen für die so oft geliebte Nachgiebigkeit in Zeiten, da sie in der Lage war zu dictiren, erspart ihr jetzt die Enttäuschung über eine Handlungs- weise, die das absichtliche Versagen höchst gemäßigter Forderungen zum möglichst drastischen Ausdruck zu bringen sucht.“

Ueber die Absonderungen von der national- liberalen Fraction äußert der Schwäbische Merkur: Die national-liberale Partei ist künftig etwas anderes, als sie bisher war: sie steht jetzt ausschließlich unter der Leitung des linken Flügels, der bei den Reben im Zoo- logischen Garten und aus Anlaß der Agitation des Städte- tages sein neues Programm verkündigt hat. Vergebens wird sich nun Bennigsen's staatsmännliche Besonnenheit nach einem Gegengewicht gegen die abwärts drängenden Tendenzen seiner links stehenden Freunde umsehen: es ist voranzuziehen, daß der Ablösungsproceß der Partei noch nicht an seinem Ende angekommen ist. Ja, man wird hoffen dürfen, daß alle diejenigen, welche entschlossen sind, nicht der von Forderbeck und Lasker geleiteten Richtung sich anzuschließen, sich mit den ausgetretenen Abgeordneten ver- einigen werden. Bereits haben unmittelbar nach Schluß des Reichstages bezüglich Besprechungen stattgefunden, welche sich aber vorläufig der Oeffentlichkeit entziehen.

Der Schleifchen Zeitung schreibt man aus Ber- lin vom 14. Juli: „Die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Nachricht, daß Hr. v. Bennigsen beab- sichtigt, sein Reichstagsmandat niederzulegen, wird mir aus guter Quelle als ganz unbegründet bezeichnet. Hr. v. Bennigsen ist allerdings über die jüngsten poli- tischen Vorgänge sehr mißgestimmt; er hat zu Partei- freunden wiederholt sein lebhaftes Bedauern darüber geäußert, daß «durch die Umstände» seine Fraction mehr als er es für gut halte in die Opposition ge- drängt werde. Aus dem politischen Leben sich zurück- ziehen, wird Hr. v. Bennigsen jedoch um so weniger gewillt sein, als damit innerhalb der national-liberalen Fraction jedes Gegengewicht gegen die Parteiführer vom linken Flügel, die Herren v. Forderbeck, Lasker, Ridert, Bamberger, wegfielen.“

Die National-Zeitung hofft, daß man die Steuer- befreitung des zu gewerblichen Zwecken verwendeten Spiritus nicht als eine isolirte Maßregel auffassen wird, sondern als den Ausgangspunkt für eine ratio- nelle Reform der Spiritussteuer, und daß man namentlich auf eine Erhöhung der Biersteuer nicht zu- rückkommen wird, ohne gleichzeitig den als Getränk dienenden Spiritus, den Branntwein, gleichfalls in verhältnißmäßiger Weise heranzuziehen. Wir stimmen ihr darin ganz bei.

Der geschäftsführende Ausschuß des Centralwahl- comitè der Deutschen Fortschrittspartei, unter- zeichnet Dr. Langerhans, Hugo Hermes, Parisius und Eugen Richter, hat aus Berlin vom 12. Juli fol- genden Aufruf an die Parteigenossen erlassen:

Mit Beginn des Herbstes stehen Neuwahlen für das preussische Abgeordnetenhaus bevor. Der Verlaß der heute geschlossenen, von dem ultramontan-conservativen Bündniß beherrschten Reichstagsession beweist allen entschieden frei- sinnigen Wählern die Nothwendigkeit, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß nicht auch im preussischen Abgeord- netenhaus das kleine uns noch verbliebene Maß constitu- tioneller Rechte und volkshämlicher Freiheiten verknümmert werde. Es gilt, der Reaction, welche auch die preussische Gesetzgebung und Verwaltung bedroht, bei Zeiten einen Damm entgegenzustellen. Der soeben erfolgte Minister- wechsel sollte auch den unentschlossenen Schwankenden die Augen geöffnet haben. Die Folgen werden nicht auf sich warten lassen. Auf kirchlichem Gebiete rüstet sich der starre Confessionalismus allenthalben, um in Schule und Kirche die ausschließliche Herrschaft zu gewinnen. Die Bureaucratie feindet die kaum ins Leben getretenen Gesetze der Selbstverwaltung an, während dieselben weiter entwickelt und von den ihnen noch anhaftenden Mängeln gereinigt werden sollten. Schon haben die Beschlüsse des Reichstages auf das Volk und insbesondere auf dessen minder wohl- habende Klassen eine große neue Steuerlast gewälzt, wei-

tere Steuerprojecte sind in Sicht. Trotzdem werden die Finanzen Preußens auf eine immer mehr unsichere Grund- lage gestellt. Denn man sucht nach einer willigen Majorität, um durch den Ankauf der Privatbahnen zum aus- schließlichem Staatseisenbahnsystem zu gelangen. Damit würde zugleich eine Macht des Staates und seiner jewei- ligen Regierung begründet werden, welche der natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung wie der politischen Freiheit verberlich werden muß. So wenden wir uns denn schon jetzt an unsere Parteigenossen mit der dringenden Auffor- derung, die Wahlen vorzubereiten und die entschieden frei- sinnigen Elemente zu neuer Arbeit zu sammeln.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurde das Verbot der in Hottingen-Büsch erschienenen periodischen Druckschrift Die Tagewacht auch auf diejenigen Nummern dieses Blattes, welche unter der Aufschrift Kleine Vereinigte Staaten von Europa zur Ausgabe gelangen, erstreckt, ebenso das Verbot der vom communisistischen Arbeiterbildungsverein in London herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“ auch auf diejenigen Nummern dieses Blattes, welche unter der Aufschrift „Volkfreund“ zur Ausgabe ge- langen.

Dem Schwäbischen Merkur schreibt man aus Wien vom 12. Juli: „Es ist sehr natürlich, daß man in Wien dem Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland unausgesetzt die größte Aufmerksam- keit schenkt. Jedes Anzeichen, auch das geringfügigste, das irgendwie auf eine Aenderung in den Beziehungen der beiden genannten Mächte zueinander deutet, wird mit außerordentlicher Sorgfalt beobachtet und ver- zeichnet. In der letzten Zeit nun haben österreichische Diplomaten wiederholt constatiren zu können geglaubt, daß das deutsch-russische Verhältniß eine merkwürdige Ab- kühlung erfahren habe. Man hätte sich indes, vor- erst allzu weit zu gehen, und hebt hervor, daß bisher nichts anderes als ein kleiner officieller Federkrieg ent- schieden kenntlich zu Tage getreten sei, der jene An- nahme bestätige. Specieell Oesterreich, sagt man, müsse sich in der Beurtheilung dieser Dinge große Zurück- haltung auferlegen, damit es nicht den Schein auf sich lade, als wolle es noch zwischen den beiden Mächten hegen und schüren. Vertraulich wird indes doch zugegeben, daß eine Verstimmung zwischen Berlin und Petersburg herrsche. Die Schuld daran mißt man ausschließlich Rußland zu, welches stets weit aus- greife, viel beanspruche und dann, wenn es nicht alles erreiche, ohne weiteres Deutschland darob anlage, der «Unbankbarkeit» und der Hinterhältigkeit zeihe. Was immer nicht nach Rußlands Willkür geht, wird Deutschland in die Schuhe geschoben. Hat man ja in Petersburg keinen Anstand genommen, selbst die Thatsache, daß der Fürst Alexander von Bulgarien in seiner Proclamation an das bulgarische Volk nicht von überschwenglicher Dankbarkeit gegen Rußland ge- sprochen, auf ein bezüglisches «Verbot» zurückzuführen, welches angeblich Fürst Bismarck an den jungen Bul- garenherrscher gerichtet haben soll. Interessant bei alledem ist nun, daß in dem Maße, in welchem die deutsch-russische Verstimmung durch die Schuld Ruß- lands und die Hysterien der russischen Presse wächst, die Intimität zwischen Deutschland und Oesterreich sich immer mehr festigt. Eine indirecte auf den ersten Blick vielleicht nicht recht einleuchtende, thatsächlich aber vorhandene Folge hat die mehrerwähnte Verstimmung für den Grafen Andrassy. Sie scheint mit dazu bei- zutragen, seine Stellung neuerdings zu stärken, einmal, weil entgegen andern in der letzten Zeit aufgetauchten Annahmen das Vertrauen und die Freundschaft des Fürsten Bismarck gegen den Grafen Andrassy auch jetzt noch größer sind als gegen jeden andern öster- reichisch-ungarischen Staatsmann; in zweiter Reihe aber, weil man in Wien maßgebenden Orts die Ab- sicht zu hegen scheint, dem Grafen Andrassy Gelegen- heit zu geben, daß er, wenn die Dinge sich danach gestalten sollten, die «guten Dienste», die Fürst Bis- marck früher Oesterreich geleistet, wenigstens bis zu einem gewissen Grade auch auf diplomatischem Wege zurückzahle. Wenigstens schmeichelt man sich in der nächsten Umgebung des Grafen, deutsch-russische Diffe- renzen eventuell durch eine Vermittelung beilegen zu können, wie umgekehrt Fürst Bismarck dies oft genug schon zwischen Oesterreich und Rußland gethan. Die Absicht des Grafen Andrassy ist jedenfalls eine ehrliche und für Deutschland durchaus freundschaftliche; nur fragt es sich, ob ihre Ausführung auch nothwendig sein wird. Hoffentlich kommt es nicht dazu. Dies wäre allerdings kaum das Verdienst Rußlands; eher könnte man vielleicht sagen: die Thatsache, daß Deutsch- land und Oesterreich fest zusammenstehen, dürfte die russischen Dicksöpfe einigermaßen abkühlen und bewirken, daß man in Petersburg den Groll unterdrückt oder demselben doch nur in unschätzblicher Weise Luft macht.“

In einem Artikel über die Panzerbatterien der Wesermündung und die englische Panzer- flotte wird geschrieben: „Neben der deutschen Flotte, die seit Gründung des Deutschen Reiches das Interesse aller Freunde des deutschen Vaterlandes in hohem Grade wach hält, sind es die Befestigungen der deut- schen Raffen, welche die Aufmerksamkeit in gleicher

Weise in Anspruch nehmen. Unter ihnen stehen die Weferbestellungen in erster Reihe, und obgleich alle noch nicht ganz vollendet sind, dürfte immerhin eine auf Zahlen basierende Berechnung ihrer Wehrfähigkeit wol interessieren. Die Batterien Brinlamahof II und Langlütjen II, in der Wefermündung am meisten feewärts gelegen, sind mit Panzerthürmen, in denen 28-Centimeter-Geschütze aufgestellt sind, ausgerüstet. Nach den Berechnungen von Fachleuten sind diese Geschütze im Stande, den Panzer der stärksten englischen Schiffe Thunderer und Devastation, erstern auf eine Entfernung von 1200 Meter, letztern auf 3000 Meter, zu durchschlagen. Der Panzer des Thunderer ist 14 Zoll, derjenige der Devastation 12 Zoll stark. Die lebendige Kraft der Geschosse der 28-Centimeter-Geschütze beträgt auf erstere Entfernung pro Zoll des Geschossumfangs 180 Fußtonnen, bei der zweiten Entfernung 140 Fußtonnen, welche nach Berechnung zum Zerföhren der vorerwähnten Panzerstärken erforderlich sind. Der Panzer des Hercules, welcher 9 Zoll stark ist, würde schon auf eine Entfernung von 3700 Meter den 28-Centimeter-Geschützen keinen genügenden Widerstand mehr leisten. Die Klasse der Panzerschiffe der englischen Marine, nach Art des Cyclop gebaut mit 8 Zoll Panzer: Monarch mit 7 Zoll Panzer, Lord Clyde mit 4 1/2, Minotaur mit 5 1/2, Vellerophon mit 6, Warrior mit 4 1/2, Royal Sovereign mit 5 1/2, Zoll Panzer, Caledonia mit 4 1/2, Zoll Panzer, sind schon auf eine Entfernung von 4500—6000 Meter durch die Geschosse dieser Batterien gefährdet, während die Schiffe der beiden erstgenannten Schiffe, aus 12-Zöllen = 35-Tonsgeschützen, auf eine Entfernung von 1000 Meter schwerlich den Thärmen selbst bei 20 Treffern irgendeinen für den Betrieb nachtheiligen Schaden zufügen können. Die Versuche, welche in Vudau auf dem Schießplatze des Hrn. P. Gruson, des Erbauers dieser Panzerthürme, stattfanden, bieten einen genügenden Beweis für diese Behauptung. Die 18-Tonsgeschütze des Hercules würden auf 800 Meter Entfernung erst die Thärme belästigen können, die 12- und 9-Tonsgeschütze der übrigen Schiffe aber keine Wirkung auf die Thärme der Batterien mehr ausüben, da ein Einbringen dieser Geschosse selbst auf 200 Meter Entfernung nicht mehr möglich ist. Die Batterie Langlütjen I, obwohl an Panzer so stark als die Thurmforts, muß mit ihren 21-Centimeter-Geschützen zurückstehen, da sie den 4 stärksten Schiffen der englischen Marine nur Schaden bringen kann durch concentrirte Lagen, ein einzelner Schuß, selbst guter Treffer, nicht im Stande ist, den Panzern dieser Schiffe auf Entfernungen über 500 Meter bedeutenden Schaden zuzufügen. Die Panzer der übrigen Schiffe halten jedoch auch diesen Geschützen gegenüber keinen Stand und würde durch gute Treffer schon auf Entfernungen von 800 Meter Monarch, 1600 Meter Lord Clyde, 2500 Meter Minotaur, 2300 Meter Vellerophon, 2400 Meter Warrior, 2800 Meter Royal Sovereign und 4000 Meter Caledonia zum Sinken zu bringen sein."

Ein Consulatsbericht aus Durban in Port-Natal, welcher nach einem befriedigenden Abschlusse des Zukunfts eine bedeutende Hebung aller Geschäftszweige in gewisse Aussicht stellt, bemerkt unter anderm, daß Einwanderungspläne wiederholt aufgetaucht und erörtert worden seien, bis jetzt aber ohne praktischen Erfolg. „Daß dabei vielfach auf Heranziehung deutscher Einwanderer, speciell Landleute, hingewiesen wird, kann bei der Bereitwilligkeit, mit welcher Deutschlands überschüssige Bevölkerung sich seit Jahrhunderten in fremder Herren Ländern angesiedelt hat, und ihrer durchschnittlichen Tüchtigkeit und Arbeitsamkeit nicht wundernehmen. Die früher, kann auch heute nur die Meinung ausgesprochen werden, daß ohne genügende Garantien für selbständiges Fortkommen auf kostenfrei oder wohlfeil zu erwerbendem Lande eine Einwanderung in Natal nicht zu empfehlen ist. Die Lohnarbeit wird von Schwarzen besorgt, mit welchen der weiße Mann nicht concurriren kann.“

Preußen. Der bisherige Minister für Landwirtschaft, Dr. Friedenthal, empfing am 15. Juli, vormittags um 10 1/2 Uhr, wie das Berliner Tageblatt meldet, die Deputation der Studirenden der Thierarzneischule und beantwortete deren Ansprache etwa wie folgt:

Er könne gerade nur im Sinne der persönlichen Ovation, die sich, wie es auch richtig angedeutet worden, von jeder politischen Demonstration fern halte, diesen Dank und Abschiedsgruß der Jugend annehmen, die ihm die werthvollste Erinnerung an seine Amtstätigkeit bleiben würden. Wie die Erschienenen die Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Praxis richtig erkannt, so habe auch seine Thätigkeit der Veterinärkunde gegenüber sich stets in diesem Sinne geäußert, und er hoffe mit Gewißheit, daß sein Nachfolger sowie die Dozenten der Anstalt in diesem Sinne auch weiter wirken würden. Daß er durch seine Thätigkeit sich die Sympathien der Jugend erworben habe, werde ihm stets unvergessen bleiben, und wenn er jetzt zu einer langen Reise ins Privatleben sich anschicke, so werde er doch stets dem wichtigsten Zweige der Wissenschaft, der von den Erschienenen vertreten werde, das gleiche Interesse wie bisher bewahren. Zum Schluß rief der Minister der Deputation

zu, trenn auszuhalten in ihrem Beruf und dadurch zur Ehre zu gelangen zu Kaiser und Reich.

Vorher hatte der Minister eine Deputation des Lehrcollegiums der Thierarzneischule, vertreten durch die Herren Geh. Medicinalrath Professor Dr. Roloff, Professor Diederichs und Docent Eggerling, empfangen.

— Aus Berlin vom 16. Juli schreibt man der Magdeburgischen Zeitung: „Nachträglich wird bekannt, daß der Rücktritt der Minister Hobrecht, Falk und Friedenthal namentlich veranlaßt wurde durch den Antrag des Reichskanzlers beim Bundesrathe, die Art. 13, 24, 69 und 72 der Reichsverfassung abzuändern. Da der zweijährigen Etatsperiode im Reich eine solche auch in Preußen folgen würde, so glaubten die drei Minister, ein hierauf bezügliches Gesetz im Landtage nicht vertreten zu können. — In Ihrer Zeitung meldeten Sie aus officiöser Quelle die Erhebung des bisherigen Ministers Dr. Friedenthal in den Adelsstand. Die Mittheilung war vollkommen richtig, jedoch hat die Angelegenheit dadurch eine unerwartete Wendung erhalten, daß Dr. Friedenthal an den Kaiser die Bitte gerichtet hat, mit Rücksicht darauf, daß sein einziger Sohn vor einigen Jahren gestorben ist, von seiner Robilitirung Abstand zu nehmen. Dieser Schritt des Ministers, durch den die Angelegenheit zunächst als nicht abgeschlossen erscheint, war wol den conservativen hiesigen Zeitungen zeitig genug bekannt geworden, um noch von der Wiedergabe jener officiösen Mittheilung, die ihnen ohne Zweifel gleichfalls zugegangen war, einstweilen absehen zu können, bis die Angelegenheit entschieden sein wird. Aus demselben Grunde ist auch die amtliche Bekanntmachung der Erhebung des Ministers in den Adelsstand gestrichen noch unterblieben, obgleich dieselbe, wie ich höre, bereits für den Staats-Anzeiger vorbereitet war.“

Die Neue Preussische Zeitung schreibt unterm 16. Juli: „Schon gestern ging uns die Mittheilung zu, daß Se. Maj. der Kaiser und König dem Minister Dr. Falk bei seinem Abgange als besondere Gnadenbezeugung die Erhebung in den Adelsstand für seinen Sohn (Lieutenant im Garde-Füsilierregiment) verliehen habe. Ebenso verlautete, daß dem Minister Dr. Friedenthal der Adel verliehen sei. Im Laufe des Tages wurden wir ersucht, der Meldung noch Abstand zu geben. Inzwischen hat sich die Nachricht von der erfolgten Verleihung nach beiden Seiten bestätigt. Dagegen scheint der Minister Dr. Friedenthal, wie man sagt, mit Rücksicht auf den Umstand, daß er keinen Sohn hat, Se. Maj. um Zurücknahme der Robilitirung ersucht zu haben. Was den Minister Dr. Falk betrifft, so soll es auf seinem eigenen Wunsche beruhen, daß der Adel nicht ihm selbst, sondern nur seinem einzigen Sohne verliehen worden ist.“

— Sogar die Neue evangelische Kirchen-Zeitung, das Organ der berliner Hofsprebigerpartei, ist besorgt wegen der Entlassung Falk's. Sie äußert:

Daß mit Rom kein Frieden geschlossen werden darf, ehe es nicht die staatliche Oberhoheit auch über sein kirchliches Leben und Treiben anerkennt, das haben wir wiederholt hervorgehoben. In dieser Beziehung können wir es nicht verhehlen, daß wir das Zurücktreten Dr. Falk's im gegenwärtigen Augenblicke nicht ohne schmerzliche Bedenken begleiten. So verberblich auch der „Culturkampf“ an unserm Volke zehrt: sein Name vertrat ein Princip, das der Staat gegenüber der römischen Kirche nicht aufgeben darf, nämlich das der Bekämpfung der von Rom in Anspruch genommenen Omnipotenz über das gesammte Gebiet seiner Herrschaft, ja über den Staat selbst, durch Beugung des Gewissens der Staatsangehörigen unter den Spruch des in Glauben und Sittenlehre unerschütterlichen, Stellvertreters Christi auf Erden“. Hoffen wir zu Gott und vertrauen wir der Weisheit des Reichskanzlers, daß der Austritt Dr. Falk's seinen Rücktritt des preussischen Staates und des deutschen Vaterlandes in Bahnen bedeute, die Fürst Bismarck selbst in ihrer ganzen Gefährlichkeit erkannt und vor der Welt gekennzeichnet hat.

Die Magdeburgische Zeitung schreibt: „Als eine kleine Probe des Tones, in welchem die Blätter der Centrumpartei den Rücktritt des Cultusministers Dr. Falk feiern, führen wir die nachfolgende, der Neuen Zeitung für das katholische Deutschland entnommene Auslassung an:

Beim „Weggegangenseinwerden“ des preussischen Ministers Falk drängt es mich, in echt patriotischer und reichsfreundlicher Gesinnung und Stimmung vorzuschlagen — der Nachschlag wird schon kommen —, ihm, dem Hrn. Falk, einen die kleine Zehe erschütternden Nachruf zu widmen und ihm ein ruhehaftiges Denkmal zu setzen — etwa nachträgliches Colocit zur Canossaküle oder aber auf Wiedersehen am Westermühl mit einigen und etlichen 1000 Mark. NB. Der Nachruf könnte lauten:

V. Ab homine inimico  
R. Libera nos, Dominus!

Das Beschämendste dabei ist, daß die Kundgebungen aus dem orthodoxen Lager der evangelischen Kirche mit wenigen Ausnahmen im wesentlichen denselben oder einen noch gehässigeren Ton anschlagen.“

— Der Volks-Zeitung schreibt man aus parlamentarischen Kreisen: „Die erste Partei, welche sich für die bevorstehenden Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus rüstet, ist die des Centrums. Wie man nachträglich in Erfahrung bringt, hat der Vorsitzende der Centrumsfraction im Abgeordnetenhaus,

Frhr. v. Schorlemer-Niß, am letzten Tage des Zusammenseins des Reichstages diejenigen Mitglieder der Fraction, welche zugleich dem Abgeordnetenhaus angehören, zu einer Vorbesprechung eingeladen. Es wurde beschlossen, die Grundzüge eines gemeinschaftlichen Wahlauftrufes festzustellen, und soll sich der Fraktionsvorstand dieser Aufgabe unterziehen. Allerdings wird das Centrum nach seinen Thaten in der eben verfloffenen Session des Reichstages sein bisheriges Programm reformiren müssen. Auch die Deutschconservativen und die Reichspartei haben Besprechungen über die Wahlen gehabt. Gegenüber der Thatsache, daß bereits in drei Monaten die Neuwahlen stattfinden, ist es angezeigt, daß die Liberalen die Organisation so schnell und kräftig als möglich in die Hände nehmen.“

— Bei den Holzpflasterungsarbeiten am Opernhaus in Berlin wird, wie die Staatsbürger-Zeitung schreibt, zum ersten mal eine deutsche Holzart, unsere Kiefer, Verwendung finden. Bisher hatte man zu diesem Zwecke in Berlin nur Holz der amerikanischen Pich-pino gebraucht, aus dem auch das Pflaster auf der Friedrichsbrücke hergestellt ist. Neben der deutschen Kiefer wird jetzt auch eine schwedische Pinusart probirt werden, mit der außer einem Theil des Straßenzuges am Opernhause die Oberwallstraße am königlichen Palais gepflastert werden soll. Die Pflasterungsarbeiten selbst sind zwei Firmen, einer englischen und einer deutschen, übertragen, die sich sowohl am Opernhause wie am kronprinzlichen Palais in die Arbeiten zu theilen haben. Beide Firmen wenden eine verschiedene Technik bei der Herstellung des Pflasters an. Der Untergrund ist bei beiden gleich; er besteht aus einer Mischung von Cement und Kies, die trocken aufgebracht wird. Durch Zugießen von Wasser entsteht alsdann eine breiartige Masse, die mit Streichbretern und Schaufeln glatt gemacht wird und, nachdem sie getrocknet ist, eine feste Unterlage bildet. Auf diese Unterlage wird sofort das Holzpflaster gelegt. Die einzelnen Klöße sind bei der deutschen Firma 13 Centimeter hoch, 10 Centimeter breit und 22 Centimeter lang; bei der englischen Firma beträgt die Breite der Holzklöße nur 8 Centimeter. Beide Firmen legen die Klöße an der schmalen Seite dicht aneinander, während an der Langseite ein etwa fingerbreiter Zwischenraum bleibt. Um diesen Zwischenraum herzustellen, schlagen die Engländer in jeden Klotz zwei Eisenstifte von der Breite des Zwischenraumes. Die deutsche Firma gebraucht dagegen eine Holzleiste, um den Zwischenraum auszufüllen. Nachdem ein Theil des Pflasters gelegt ist, werden die Fugen mit einer Mischung von Theer, Holzcement und einigen andern Ingredienzen zur Hälfte ausgegossen, und über diese Theerschicht wird dann eine Asphalttschicht gebracht, die die Fugen vollständig ausfüllt. Die Engländer gießen den Asphalt einfach über die Fläche und legen ihn alsdann mit Besen in die Fugen; die Deutschen dagegen gebrauchen Trichter, die sie in die Fugen entlang führen, und durch welche sie in diese die Füllmasse eingießen. Die Klöße werden durch diese Füllmasse so innig mit einander verbunden, daß sie nur stückweise losgebrochen werden können. Die Dauer des Holzpflasters wird auf etwa 15 Jahre berechnet. Mit der weichern deutschen Kiefer sind am Opernhause circa 600, mit der schwedischen 2000 Quadratmeter belegt. Die Oberwallstraße wird, wie bereits erwähnt, nur mit schwedischem Holz gepflastert. In diesen Tagen werden auch die Holzpflasterungsarbeiten in der Friedrichsstraße, zwischen Linden und Behrenstraße, beginnen.

— Aus Berlin vom 16. Juli wird der Magdeburgischen Zeitung berichtet: „Wie wir hören, hat der Oberkirchenrath die Nichtbestätigung der Wahl des Predigers Laue aus Wilbungen zum Geistlichen an Sanct-Elisabeth aufrecht erhalten. Der Gemeindekirchenrath war gegen das Resolut des brandenburgischen Consistoriums, das auf Grund eines Colloquiums gefaßt wurde, vorstellig geworden, worauf der Oberkirchenrath der Auffassung des Consistoriums sich angeschlossen, daß die im Colloquium von Hrn. Laue bekannte Lehre von den christlichen Grundanschauungen zu weit sich entferne. Prediger Laue steht weiter nach links wie Lic. Hoffbach und Dr. Schramm in Bremen.“

— In Betreff des Gebrauches einer in polnischer Sprache abgefaßten Urkunde vor Gericht liegt eine interessante Entscheidung eines Gerichts erster Instanz in der Provinz Posen vor. Der „polnische“ Creditverein in Protoschin hatte das Protokoll seiner Generalversammlung stets polnisch niedergeschrieben und dasselbe, wenn es dem Handelsgericht vorzulegen war, mit einer deutschen Uebersetzung begleitet. In einem neuern Falle hatte der Handelsrichter das polnische Protokoll nicht nur zurückgewiesen, sondern auch entschieden, daß die aus demselben hervorgehenden Beschlüsse nichtig seien, weil die Einberufung zur Generalversammlung in deutscher Sprache hätte erfolgen müssen. Ganz ungeeigneterweise wandten sich die Vertreter des Vereins mit Beschwerden an die Verwaltungsbehörden, die gar keinen Einfluß auf Richter und Gerichte haben, wurden jedoch hier in allen Instanzen

gelehrt. Bei dem Anstalt die Einnehmern An

— Von 1861 aus der früheren ten Stahle hoffe noch der Wei

Thil

15. Juli Zeitung nach sein Wahlkreis aus den der 1811 von Bra Jahre ge ehemals 77. Leber Facultät Beginn candibats gekündigt. In Fulda Bischer Wähler zu erstat

Im Mon Anzahl für die liberale erklärt h gelne and Richtung servativer in den volle So eignet fir leugnend. kennen in burg ange streite. nirgend men ist, einer vor greifen w

— Die politisch Wir reiche sein Zustände cfebung. Aber die r der nation demselben wortest da

\* Par über den nal des den sich gierung g Regierung er huldigt Thatsache machen di in Anwen in Italien Staatsme Schicksale die Major liert er d ist aber r empfört sic Regierung nach richti uns mach und weite rung. Die öffentl lität derse ben. In Weise vor der consti ward. A bleibt unb wortlich a wohlbekam

belehrt, daß der Richter vollkommen in seinem Rechte sei. Hieran reichten die Wehrgegnanten eine Klage bei dem Kreisgericht in Krotoschin ein, welches die Ansicht des Handelsrichters als irrig bezeichnete, weil die Einberufung einer Generalversammlung zu den innern Angelegenheiten eines Vereins gehöre.

Man hat bemerkt, daß der vormalige Erzbischof von Köln, Dr. Paul Melchers, in seinem neuesten, aus der Verbannung gerichteten Dankschreiben an seine früheren Diöcesanen sich auf die Hoffnung des berühmten Staatsmannes unserer Zeit (?) bezogen hat: „Ich hoffe noch die Zeit zu erleben, wo das Narrenschiff der Welt an dem Felsen der Kirche zerschellen wird.“

Thüringische Staaten. Aus Thüringen, 15. Juli. Nach einer Mittheilung der heutigen Jenaer Zeitung wird der Reichstagsabgeordnete Dr. Delbrück nach seiner Rückkehr aus Italien seinen weimariſchen Wahlkreis besuchen. — Der letzte jenaische Veteran aus den Befreiungskriegen, Dr. Eduard Helmke, der 1813—15 unter Bülow, Blücher und dem Herzog von Braunschweig gekämpft, ist gestern im 85. Lebensjahre gestorben. — In Eisenach starb dieser Tage der ehemals kurhessische Generalleutnant v. Specht im 77. Lebensjahre. — Der Professor in der theologischen Facultät in Jena, Licentiat Dr. Spieß, folgt zum Beginn des Wintersemesters einem Rufe an das Domcambidatensystem in Berlin. — Die für den 3. Aug. angekündigte Eröffnung der Bahnstrecke Arnstadt-Ilmenau findet frühestens erst am 1. Sept. statt. — In Fulda ist der Reichstagsabgeordnete Graf v. Droste-Bischoering angekommen, um heute Abend in einer Wählerversammlung über die Reichstagsession Bericht zu erstatten.

Baden. Dom badischen Neckar, 15. Juli. Im Monat August oder September wird eine größere Anzahl von Erfahrungs- und Erneuerungswahlen für die II. Kammer vorgenommen. Etwa 27 national-liberale Abgeordnete sind ausgetreten, von denen mehrere erklärt haben, kein Mandat mehr anzunehmen. Einzelne andere werden vielleicht nicht mehr gewählt werden und anstatt ihrer andere Abgeordnete derselben Richtung, möglicherweise auch hier und da ein conservativer Abgeordneter. Doch dürfte weder hier, noch in den Regierungskreisen vorerst eine förmliche Reaction zu befürchten sein, wenn auch gewisse bedeutungsvolle Vorgänge in der Reichshauptstadt immerhin geeignet sind, eine Tragweite auf den in einer nicht zu leugnenden Connexität stehenden badischen Staat zu äußern. Man will diese auch namentlich sofort erkennen in dem mit der erzbischöflichen Curie in Freiburg angebahnten angeblichen Ausgleich in dem Kirchenstreite. Das hierüber verlautete Gerücht ist bis jetzt nirgends ausdrücklich bementirt worden, obwohl anzunehmen ist, daß die stets reichstreue badische Regierung einer von Berlin ausgehenden Initiative nicht vorgehen wird.

Die Badische Landeszeitung ist mit der handelspolitischen Reform zufrieden. Sie sagt:

Wir sind überzeugt, daß die Folgen derselben segensreich sein, daß sie unserm Volke gesündere wirtschaftliche Zustände bringen, daß sie die lange vergeblich erhoffte Neuerschöpfung von Industrie und Gewerbe heraufführen werden. Aber die wirtschaftliche Reform wird nur dann ein „Schutz der nationalen Arbeit“ sein können, wenn diese Arbeit unter demselben in freudigem Schaffensdrange sich regt und sich vorerst das verlorene Selbstvertrauen zurückerobert.

Frankreich.

Paris, 15. Juli. In einem längern Artikel über den Fürsten v. Bismarck schreibt das Journal des Debats unter anderem: „Der Begriff, den sich der Kanzler von einer parlamentarischen Regierung gemacht hat, ist äußerst original. Eine solche Regierung gefällt ihm weder, noch mißfällt sie ihm; er huldigt derselben als einer Thatfache, aber einer Thatfache, von der er sich im Nothfall unabhängig machen dürfte. Auch muß man sehen, wie er dieselbe in Anwendung bringt. In Frankreich, in England, in Italien bildet man sich im Durchschnitt ein, ein Staatsmann müsse einer Partei angehören und die Schicksale dieser Partei theilen. Wenn diese Partei die Majorität erwirbt, gelangt er aus Kuder, und verliert er die eine, so verzichtet er auf das andere. Das ist aber nicht die Manier des Hrn. v. Bismarck; er empört sich bei dem Gedanken, daß eine Partei die Regierung regieren sollte. Das Wort ist dem Schein nach richtig; nur ist es um die Hälfte zu lang. Bei uns macht eine Partei Anspruch auf das Regieren und weiter nichts; dadurch wird sie selber zur Regierung. Die Regierung fällt in andere Hände, so oft die öffentliche Meinung sich mobilisirt, und die Stabilität derselben wird manchmal bis zum Exceß getrieben. In Berlin gehen die Dinge auf ganz andere Weise von statten. Der feste, unbewegliche Punkt in der constitutionellen Maschine, das ist Hr. v. Bismarck. Alles dreht sich um ihn herum; er allein bleibt unbeweglich, und obgleich er sich für verantwortlich ausgiebt, sieht man wohl, daß er es, einem wohlbekannten Sprichwort nach, nur a Wort, seinem

Gewissen und der Nachwelt ist. Weit entfernt, sich dem Gesetze der Majoritäten zu unterwerfen, unterwirft er die Majoritäten seinem persönlichen Willen, nimmt sie auf, läßt sie im Stich, trennt dieselben von neuem mit unvergleichlicher Ungezogenheit und Unabhängigkeit des Herzens. Ueber den Parteien erhaben, erblickt er in denselben weiter nichts als Werkzeuge. Das eine, welches heute zweckmäßig ist, mag es morgen nicht mehr sein, dürfte es aber später wieder werden. Auch hütet sich der Kanzler wohl, wenn er sich von einer Partei trennt, diese zu vernichten; er begnügt sich damit, ihr Schimpfworte ins Gesicht zu sagen; im übrigen wünscht er ihr nichts Schlimmes und behält sie bei der Hand, um sich derselben bei einer andern Gelegenheit zu bedienen. Man hat gesehen und wird vielleicht nochmals sehen, wie er das parlamentarische Klavier von einem Ende bis ans andere durchfährt, bald hier, bald dort eine Note anschlägt, und aus diesem scheinbar ordnungslosen Spiel eine merkwürdige Harmonie zu ziehen versteht. Er hat gewiß nicht im Sinn, das Klavier abzukürzen. Heute sind seine Finger rechts; wer weiß jedoch, ob er über kurzem nicht links Effecte hervorzubringen braucht? Ein anderer an seiner Stelle würde alle mit Schonung behandeln; er aber zieht es vor, alle zu mißhandeln; das ist mehr seinem geistigen Charakter gemäß, und da folglich alle auf dieselbe Art behandelt werden, darf sich niemand beschweren und auch niemand verzagen.“

Gambetta hat am 14. Juli seinen ersten Empfangstag gehalten. Der Kölnischen Zeitung berichtet man darüber: „Gambetta's Fest ist äußerst glänzend ausgefallen; nur Eins fehlte ihm: das schöne Geschlecht, das zu dessen großem Bedruß ausgeschlossen war. Sogar das Wetter erwies sich günstig. Der Regen hörte etwas vor 8 Uhr auf, sodas auch der wirklich feenhaft geschmückte und erleuchtete Garten den Gästen zugänglich war. Die Säle des Palastes selbst, die zu den schönsten von Paris gehören und die mit den seltensten Blumen geschmückt waren, gewährten den prachtvollsten Anblick. Von 9 Uhr an füllten sie sich. Gambetta befand sich im ersten Salon und begrüßte jeden der Ankommenen auf die zuvorkommenste Weise. Gegen 10 Uhr war das Gewühl bereits ungeheuer. Unter den Anwesenden bemerkte man den Grafen Weddehden und den Hauptmann v. Genglow, beide von der deutschen Botschaft, Lord Lyons und das übrige englische Botschaftspersonal, die Botschafter Spaniens, Italiens und der Türkei, die russischen und österreichischen Geschäftsträger (Benst und Drlow sind abwesend) sowie alle übrigen Mitglieder des diplomatischen Corps; ferner fast alle republikanischen Deputirten und Senatoren, die Minister sowie mehrere hundert Offiziere in Uniform, darunter mehrere Generale und Obersten, von denen viele bis jetzt die Antirepublikaner gespielt hatten und die, wie man allgemein annahm, durch ihre Anwesenheit dorthin wollten, daß sie sich der neuen Lage der Dinge fügen wollten. Um 10 Uhr erschien der Präsident der Republik, Grévy, den Gambetta am Eingang des Palastes empfing, um ihn dann nach dem Concertsaal zu geleiten, wo für das diplomatische Corps, die Minister und die Parlamentsmitglieder Sige reservirt worden waren. Das Concert, in welchem die besten Künstler von Paris sowie die Zöglinge des Conservatoriums mitwirkten, war ausgezeichnet. Das Gedränge in und vor dem Concertsaal war fürchtbar; deshalb bekam aber auch nur der kleinere Theil der Gäste etwas davon zu hören. Nach dem Concert nahmen der Präsident Grévy, das diplomatische Corps und die Minister einige Erfrischungen ein und beschäftigten dann den Garten. Um 1 1/4 Uhr verließ Grévy den Palast. Das Souper war ganz vortreflich, der Champagner stieß in Strömen. Es hatte bereits um 10 1/2 Uhr begonnen und war um 2 Uhr, wo das officielle Fest zu Ende war und die treffliche Kapelle der Garde republicaine, die den Abend gespielt hatte, abzog, noch nicht zu Ende. Obgleich das Wetter am Abend gut geworden, waren im Innern von Paris fast gar keine Häuser erleuchtet; nur in den Faubourgs waren die Illuminationen ziemlich zahlreich.“

Heute fand in der Kirche Saint-Germain des Près eine Messe zu Ehren des Grafen Chambord und des Don Carlos statt. Alle legitimistischen Deputirten und Senatoren und sonstige Notabilitäten, auch viele mit Lilien geschmückte Damen wohnten dieser kirchlichen Feier bei.

Der National-Zeitung berichtet man aus Paris: „Es wird bestätigt, daß Prinz Napoleon aus politischen Gründen abgelehnt hat, der Kaiserin Eugenie seinen Besuch abzustatten.“

Großbritannien.

London, 15. Juli. Der Standard widmet dem Jahrestage des Beschlusses des Berliner Congresses einen Leitartikel, in welchem er auf die beinahe vollständige Ausführung aller Verfügungen des Berliner Vertrages zurückkommt; der Artikel schließt wie folgt:

Die Orientfrage ist nicht endgültig gelöst, allein sie ist um nichts gefährlicher, als sie es gewesen, ehe Rußland 150 Mill. Pfd. St. und Hunderttausende von Menschenleben geopfert, um unsere Interessen zu schädigen, und Frankreich es uns allein überlassen hat, für die Sicherheit Konstantinopels einzutreten. Das Publikum steht dies heute ein. Der Berliner Vertrag, mit dem Anhang der anglo-türkischen Convention und dem Vertrage von Afghanistan, sind die hauptsächlichsten Erfolge des Beaconsfield'schen Cabinetes. Darin wird ihr vornehmster Anspruch auf das Vertrauen ihrer Landsleute liegen, wenn die Stunde gekommen, da sie die Anhänglichkeit ihrer Wähler auf die Probe stellen müssen.

In einer gestern abgehaltenen Versammlung des Ausschusses zur Errichtung eines Denkmals für den Prinzen Louis Napoleon wurde auf Antrag des Prinzen von Wales beschlossen: 1) Mit Erlaubniß des Dechanten solle ein Marmorstandbild des Verstorbenen in der Westminster-Abtei errichtet werden. 2) Da die Sammlungen reichliche Mittel hierfür ergeben, sollen die Listen geschlossen werden. 3) Etwaige Ueberschüsse sollen einem Ausschusse überwiesen werden, welcher zur Stiftung einer mit dem Namen des Verstorbenen verknüpften nationalen Wohlthätigkeitsanstalt aufzufassen soll. Der Prinz von Wales eröffnete eine neue Sammlung mit einer Zeichnung von 100 Guineen (105 Pfd. St.) und die Mitglieder des Denkmalausschusses folgten seinem Beispiele, indem sie ebenfalls ansehnliche Beiträge zeichneten.

Das Befinden der Kaiserin Eugenie ist ziemlich befriedigend. Dem Gerücht, daß sie sich in ein Kloster zurückziehen gedenke, wird entschieden widersprochen.

Sir Bartle Frere hat in Vertbeidigung seiner Politik eine Rede gehalten, der wir Nachstehendes entnehmen:

Als ich nach Natal kam, fand ich große Meinungsverschiedenheiten über den Etabestand der Dinge. Es gab Unglückspropheten und Optimisten, allein ich war überzeugt, daß alle am Abgrunde eines Vulkan lebten. Jeder Theil des Landes schien in drohender Gefahr eines schrecklichen Krieges, infolge der Erhebung der eingeborenen Rassen. Man hat behauptet, daß mein Urtheil ein überflüssiges gewesen; allein man frage diejenigen, welche sich mit dem Studium des Charakters der Zulus und ihrer Geschichte befaßt haben, ob sie nicht seit Jahren die Ueberzeugung gehabt, daß die Lage der Natal-Colonisten eine überaus gefährdete gewesen. Die gleiche Ansicht äußerten mir gegenüber Leute aus Canada und Australien und bezeichneten dies als den Grund, welcher sie abgehalten, nach Natal auszuwandern. Was ich daselbst sah, überzeugte mich von der Wahrheit dessen, was man mir längst vorher gesagt hatte, nämlich daß die Geschichte unserer Mitcolonisten auf einer überaus gefährdeten Grundlage beruhe. Was ich sah und hörte, berechtigt mich zu dem Schlusse, daß eine von den Zulus ausgehende Bewegung die Gemüther der ganzen eingeborenen Bevölkerung Südafrikas ergriffen hätte. Alle sehnten sich nach einem Anstoße zu einer Bewegung, welche die Suprematie der schwarzen Rassen und die Vertreibung der Europäer herbeiführen sollte. Unsere Maßregeln beschränkten sich ausschließlich auf die Vertbeidigung; es ist aber ganz unmöglich, die Natalgrenze mit den verfügbaren Truppen der Colonie zu vertbeidigen. Die Invasion konnte nur verhindert werden, wenn man den Krieg sofort in das Land der Feinde hinüberführte, Colonnen jenseit unserer Grenze postirte und ihn auf seinem eigenen Terrain erwartete. Dies ist die Rechtfertigung der Handlung, welche die heutige Versammlung zu billigen für gut fand. Ich bin überzeugt, daß wenn unsere Landsleute zu Hause, die Kritiker nicht ausgenommen, diese Angelegenheit vom geschichtlichen Standpunkte aus betrachten, sie eingestehen werden, daß wir nicht mehr gethan haben, als für die Sicherheit der Colonie nothwendig war. Vielleicht werde ich dies Urtheil nicht erleben. Die Geschichte weist ähnliche Fälle genug auf, wo Menschen ihr Bestes gethan und erst lange nach ihrem Tode eine gerechte Beurtheilung gefunden haben. Das hat mich während der jüngsten Ereignisse aufrecht erhalten. Ich urtheile nicht auf bloße Vermuthungen hin, sondern auf Grund von Handlungen Ketschwago's während der letzten 18 Monate. Er hat wiederholt erklärt, daß seine Macht sich auf Blut stütze und daß es zur Erhaltung jener Macht nöthig sei, daß er im Abschachten seiner Unterthanen nicht gehört werde. Er hat verlangt, daß man ihm gestatte, Speere im Blute der weißen Männer zu waschen, und ich wußte, daß er dies nicht thun konnte, ohne britische Unterthanen oder solche zu tödten, welche sich um zum Schutze allirt hatten. Ich hielt kein Risiko zu groß, im Vergleich mit der ersten Pflicht, mein Bestes zu thun, um Ihrer Maj. Unterthanen zu schützen.

Die Berichte über die Ernteaussichten in den verschiedenen Landestheilen lauten fast durchgehends sehr entmuthigend, besonders die aus den mittlern und östlichen Grafschaften. An den meisten Stellen haben die Aehren der Körnerfrüchte sich kaum zu bilden begonnen, und das Gras auf den Wiesen steht ungeschritten da. Wo aber ein paar sonnige Stunden zum Schnitt verlockt haben, liegt das Heu verfaulend auf dem Boden; denn bei den nahezu unaufhörlichen Regengüssen war an ein Einfahren nicht zu denken. Am besten sieht es noch um die Kartoffeln aus.

Donaufürstenthümer.

Berichten aus Rußschuk zufolge sind sämmtliche an der Ostseite der Stadt gelegene Forts bis zum Fort Said-Pascha bereits demolirt. Die Forts an der Westseite sind bisher noch nicht zerstört. In Silistria hat die Rafrung der Außenwerke gleichfalls bereits begonnen.

Die die „Presse“ einer Meldung aus Philippopol entnimmt, befaßt sich die von Lord Salisbury im englischen Oberhause ausgesprochene Muthmaßung, daß die Russen die genannte Stadt gänzlich geräumt haben.

Türkei.

Wie man in Konstantinopel versichert, hält die Pforte als Berathungsgrundlagen in der griechischen Frage die letzten Vorschläge fest, welche Nuchtar-Pascha zu Prevesa gemacht hatte...

Königreich Sachsen.

Leipzig, 17. Juli. Die Stadtverordneten stimmten in ihrer gestrigen Sitzung im allgemeinen der Ergänzung des Regulativs für die Villenbauten an der Bismarckstraße zu...

Leipzig, 17. Juli. Der am 8. Juli hier verstorbene emeritirte Conrector an der Thomasschule Professor Dr. G. A. Koch war nach einem Nekrolog im hiesigen Tageblatte 1802 zu Drebach im Erzgebirge geboren...

Leipzig, 17. Juli. Die hiesige Kunstgewerbeausstellung ward vorgestern unter anderem von dem Gefandten der Vereinigten Staaten in Berlin, Hrn. White, und dessen Gattin besucht...

Die Chemnitzer Zeitung spricht ihr „Bedauern“ darüber aus, daß Hr. Boppel, der nur auf Grund seines liberalen Programms hier gewählt wurde, sich veranlaßt gefunden hat, aus der national-liberalen Fraction auszuscheiden...

Aus Plauen i. V. berichtet man der Social-Correspondenz: Es gewährt eine große Freude, berichten zu können, daß in unferer Handweberei wieder einiges Leben gekommen ist...

Leipzig, 17. Juli. Die günstige Gelegenheit, einer der Lustspiel-Mustervorstellungen beizuwohnen, welche am abendlich im Carola-Theater auf der Sophienstraße in Scene geben, hatten zahlreiche Fremde am Mittwoch...

Nächsten. Nach diesem Stild, wie nach den früheren Ständen, wurde den braven Künstlern durch Beifalls und Blumen-spenden reichlich gehandelt...

Aus dem Obererzgebirge, 16. Juli. Der Gewerbeverein in Seper hat eine Industrierausstellung im Rathhause veranstaltet, die ein Bild von den Gewerzweigen dieser Stadt und auch einigermaßen von dem Gewerbeleben des Obererzgebirges gibt...

Handel und Industrie.

Aus Bamberg wird berichtet: „Infolge des unaufhörlichen Regens haben sich die Ernteansichten in der letzten Zeit sehr verschlimmert. Von Korn hat sich bereits vieles gelöst und es ist voranzusehen, daß nun auch ein Ausfall in den Körnern und eine Verringerung in der Qualität der Frucht eintreten wird...

Bremen, 16. Juli. Petroleum markt. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,00, per August 7,10, per September 7,15, per October-December 7,35.

Antwerpen, 16. Juli. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 17 1/4 bez., 17 1/2 Br., per August 17 1/4, Br., per September 18 Br., per October-December 18 1/2, Br. Behauptet.

Kiortpool, 16. Juli. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner unverändert, Surats stetig.

Glasgow, 16. Juli. Kupfer. Mixed numbers warrants 40 Sh. 3 D.

Börsenberichte.

Berlin, 17. Juli, 12 Uhr 15 Min. Eröffnungscurs. Def. Creditact. 480, —, Def.-Franz. Staatsb. 494,50, Def. Südbahn (Lomb.) 151,50, Berg.-Märk. 90, —, Rhein-Windener 138, —, Galiz. Karl-Ludwigb. 104, —, Rhein. 131, —, Rumän. 33,10, Disconto-Comm. 155,25, Königs- und Laurabütte 81,25, Def. Post v. 1860 123,25, do. Goldrente 69, —, do. Silberrente 60,20, do. Papierrente 58,70, Russ. Anl. v. 1877 89,25, do. Bankn. 206,50, Deutsche r. 123,25, Ung. Goldrente 82,20, Tendenz: fest.

Aus Wien bekannte Curs von 11 Uhr 10 Min. vorm. Def. Creditact. 271, —, Def.-Franz. Staatsbahnact. 280,20, Def. Südbahn (Lomb.) 93,50, Galiz. Karl-Ludwigb. —, —, Def. Goldrente 78,70, Deutsche Marktnoten 56,72, Napoleonsd'or 9,20, Tendenz: fest.

Frankfurt a. M., 16. Juli. Schlußcurs: Londoner Wechsel 20,470, Wiener Wechsel 176,10, Proc. Sächsische Rente 76 1/2, Def. Papierrente 58 1/2, do. Silberrente 60 1/2, do. Goldrente 68 1/2, Staatsb. 245 1/2, Lomb. 75 1/4, Galiz. 207 1/2, Def. Creditact. 237, Darmst. Bankact. 131 1/2, Deutsche Reichsbank 155 1/2.

Hamburg, 16. Juli. Silberrente 59 1/2, Goldrente 68 1/2, Creditact. 238, 1860er Lose 123 1/4, Franz. 616, Lombard. 187, Ital. Rente 81, 1877er Ruffen 88 1/2, Vereinsbank 122 1/2, Laurabütte 82, Commerzbank 107 1/2, Norddeutsche 145 1/2, Intern. Bl. —, Amerik. 95 1/2, Rhein-W. 133 1/4.

Wien, 16. Juli. Schlußcurs. Papierrente 66,80, Silberrente 68,30, 1860er Lose 126,20, Nordwestb. 127,50, Bankact. 825, —, Creditact. 269,00, Anglo-Austr.-Bank 124,30, London 116, —, Silberagio 100, —, Ducaten 5,48, Napoleonsd'or 9,20, Galiz. 236,20, Staatsbahn 280, —, Lomb. 86,20, Goldrente 78,50, Deutsche Reichsbank 56,75.

Paris, 16. Juli, 3 Uhr nachm. Proc. amortisirt. Rente 84,85, Proc. Rente 82,72 1/2, 1872er Anleihe 118,12 1/2, Ital. Proc. Rente 80,40, Def. Goldr. 69 1/2, Ung. Goldr. 81 1/4, 1877er Ruffen 90 1/4, Franz. 612,50, Lomb. 192,50, do. Prior. 261, —, 1868er Türken 12,07 1/2, 1869er 70, —, Zinsenlose 46,50.

Berlin, 16. Juli. Weizen per loco 170—205, per Juli-Aug. 197, —, per Sept.-Oct. 209,50, Roggen: loco 122, —, per Juli-Aug. 121,50, per Sept.-Oct. 126, —, per Oct.-Nov. 128, —, Rindung: —, Tendenz: fest. Spiritus: loco 53,60, per Juli-Aug. 53, —, per Aug.-Sept. 53,10, per Sept.-Oct. 53,20, Rindung: —, Tendenz: fest. Rübböl: loco 55,90, per Juli-Aug. 55,70, per Sept.-Oct. 55,70, Rind. —, Tendenz: fest. Safer: per Juli 127,50, per Juli-Aug. 127,50.

Leipziger Productenbörse vom 17. Juli mittags 1 Uhr. Bitterung: Trübe. Weizen per 1000 Ko. netto loco 198—204 M. bez., geringter 165—175 M. nominell; unverändert. Roggen per 1000 Ko. netto loco 145—149 M. bez., fremder 120—136 M. bez.; unverändert. Gerste per 1000 Ko. netto loco 140—170 M. nominell, geringe 115—130 M. nominell. Safer per 1000 Ko. netto loco hiesiger 150 M. bez., fremder

124—140 M. bez. Weis per 1000 Ko. netto loco rumänischer 120 M. bez., amerikanischer 116 M. bez. Raps per 1000 Ko. netto loco —, Rapssuchen per 100 Ko. netto loco —, Rübböl per 100 Ko. netto loco 57,50 M. bez., per Juli-August 57,50 M. Br., per September-October 56,50 M. Br.; unverändert. Spiritus per 10000 Liter Proc. ohne Faß loco 55,70 M. G.; besser.

Leipzig, 17. Juli. Gleichwie gestern, so bewegte sich auch heute der geschäftliche Verkehr in einem engen Rahmen; bezüglich der Haltung des Marktes waren gleichfalls Unterschiede gegen gestern nicht wahrzunehmen. Die Tendenz blieb dabei, trotz des beschränkten Verkehrs, andauernd eine entschiedene feste, und machte der Verkauf der heutigen Börse mehr den Eindruck einer Ruhepause als den des Vorhandenseins von Verkaufseignung.

Die Umsätze in den Staatsfonds waren von mäßigem Umfang; gehandelt wurden hauptsächlich Proc. Sächsische Rente, Reichsanleihe, Consols und Proc. Sachsen. Von auswärtigen Fonds waren wieder Franzensbader zu höherer Notiz lebhaft, auch für Russische Orientanleihe, welche heute zur Einführung gelangte, zeigte sich große Frage; neue Russen blieben gesucht.

In Eisenbahnactien war das Geschäft nicht bedeutend; Auffig-Teplitzer setzten die steigende Coursebewegung bei guter Kaufkraft weiter fort, Oberschlesische, Rheinische und Thüringer, ferner Rumänier und Magdeburg-Halberstädter, schwächten sich etwas ab, dagegen haben sich Turnauer abermals im Course; Rhein-Windener gingen zu etwas ermäßigter Notiz um.

Stammprioritäten ruhig; Weimar-Gera nachgehend, Kottbus-Großenhain behauptet, Rumänier schwächer; Magdeburg-Halberstadt gingen in großen Beträgen um.

Von den Bankactien waren Leipziger Credit sehr fest und belebt, Dresdener Bank ziemlich preisbehaltend, Gerar-Bank gingen 0,25 niedriger um; Leipziger Bank blieben zu 116 gesucht; Sächsische Bank höher lebhaft verlangt.

Industrieactien still. Zimmermann und Deutsche Werkzeug eher niedriger; ebenso Ilrgens weichend. Teutonia fliegen um 50 M. Golzern ebenfalls etwas anziehend. Prioritäten hatten nur mäßige Umsätze anzudeuten.

Neueste telegraphische Depeschen.

Aiffingen, 16. Juli. Der Reichskanzler Fürst v. Bismarck ist heute Abend hier eingetroffen.

München, 16. Juli abends. Bei der in dem 5. Wahlkreise der Oberpfalz (Neustadt) am 14. Juli stattgehabten Wahl eines Abgeordneten für den Reichstag wurde der Candidat der extrem-ultramontanen Partei, Pfarrer Dr. Schäffler, mit 5771 Stimmen gewählt. Von den Gegencandidaten erhielt Schlör 883 und Lindensfeld 771 Stimmen.

London, 17. Juli. Bei dem gestrigen Banket der Conservativen im Crystalpalast sprach der Staatssecretär für Indien Cranbrook amerkennend über die Führung des afghanischen Krieges; er hob hervor, daß Jalub-Khan seinen Verpflichtungen loyal nachkam; die Freundschaft Afghanistans trage zur Stärkung des indischen Reiches bei. Der Redner glaubt, daß Rußland im Begriffe sei, allen Verpflichtungen des Berliner Vertrages nachzukommen. Er gedachte lobend der Bemühungen Drummond Wolffe, eine gute autonome Verwaltung Kumlens herzustellen. Es sei zu erwarten, daß die Bevölkerungen der Türkei fortan in Frieden untereinander leben. Cranbrook verteidigte den Sultan gegen den Vorwurf, die Reformen nicht weiter durchzuführen; er wies auf die Schwierigkeiten der Lage des Sultans hin und verlangte ein wenig Geduld; man könne eine günstige Zukunft für die asiatische Türkei erwarten. Die Freundschaft der Türkei und Englands sei ein Pfand gegen größere Complicationen, selbst gegen diejenigen, welchen England bereits ausgesetzt gewesen sei.

Köln, 16. Juli. Wie die Kölnische Zeitung meldet, wird sich General Stolypin am 28. Juli in Burgas einschiffen. Die Beendigung der Räumung Ostrumeliens von russischen Truppen werde Anfang August erwartet. — Aus der Umgebung von Rasgrad, Jamboli und Sitovo seien aufständische Bewegungen dortiger Muhammedaner gemeldet worden. Die telegraphische Verbindung zwischen Ruschul und Barna soll unterbrochen sein. Bulgarische Truppen seien nach Rasgrad abmarschirt.

Sukareff, 16. Juli abends. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer gab der Präsident der Kammer, Rosetti, seine Dimission, weil er nicht mehr die Unterstützung der Majorität besitze. Bei der hierauf vorgenommenen anderweitigen Wahl eines Präsidenten wurde Rosetti mit 74 Stimmen wiedergewählt; 45 Deputirte hatten sich der Abstimmung enthalten.

Sukareff, 17. Juli. Da die Kammern anscheinend keinen Entwurf zur Judenemancipation zu Stande bringen, welcher dem Berliner Vertrage entspricht, so ist in den maßgebenden Kreisen eine Vertagung der Kammern bis zum Herbst in Betracht gezogen; man nimmt an, während der Vertagung würde sich die Erregtheit in dieser Frage in der Volkvertretung wie in der Bevölkerung mindern.

Table with multiple columns listing various locations and prices, including Amsterdam, London, Paris, and various commodities like flour and oil.

Leipziger Börse.

17. Juli.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, Paris, and Warsaw.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, listing titles, denominations, and prices.

Bank-Discount.

Table of bank discount rates for various banks and locations.

Sorten.

Table of various types of securities and bonds.

Eisenbahn-Stamm-Act.

Table of railway stock prices.

Berlin-Geldmarkt.

Table of Berlin money market rates.

Eisenbahn-St.-Pr.-Actien.

Table of railway preference shares.

Bank-u. Credit-Actien.

Table of bank and credit shares.

Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.

Table of industrial shares and preferences.

Anleihscheine.

Table of government bonds.

Min-Term.

Table of short-term interest rates.

Inl. Eisenh.-Prior.-Obl.

Table of domestic railway preference bonds.

Ausl. Eisenh.-Prior.-Obl.

Table of foreign railway preference bonds.

Kohlen-Act. u. Prior.

Table of coal shares and preferences.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Freitag, 18. Juli. Neues Theater. Neu einstudiert: Der Sonnwendhof. Volksschauspiel in 5 Acten von S. J. Rosenthal. 194. Abonnements- Vorstellung. — Sonnabend, 19. Juli. Die Kinder des Kapitän Grant. — Altes Theater. Sonntag, 20. Juli. Großstädtisch. Schwank in 4 Acten von B. v. Schweiger.

